



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

**am 18.04.2024
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 02.04.2024
2. Innerstädtischer Sanierungsbereich "Georg-Jobst-Gasse" in Greding - Vorstellung des städtebaulichen Entwurfs
3. 20. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für die Sondergebiete Photovoltaikanlagen in Großhöbing und Landerzhofen - Feststellungsbeschluss
4. Bebauungsplan Nr. 61 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Landerzhofen I" - Satzungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 70 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Landerzhofen III" - Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 65 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Großhöbing II" - Satzungsbeschluss
7. Einbeziehungssatzung "Birkhofer Straße" in Attenhofen - Aufstellungsbeschluss
8. Bauantrag auf An- / Umbau und Nutzungsänderung eines Wohn- und Gästehauses in Greding
9. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
10. Beschluss über die Anschaffung einer Drehleiter
11. Schaffung eines Gemeinschaftshauses für Landerzhofen / Attenhofen Sachstand und weiteres Vorgehen
12. Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024
13. Mittelfristige Finanzplanung und Stellenplan zum Haushalt des Jahres 2024
14. Antrag des Katholischen Kindergartens St. Martin Greding auf Gewährung eines Elternbeitragszuschusses
15. Antrag des Katholischen Kindergartens St. Ägidius Röckenhofen auf Gewährung eines Elternbeitragszuschusses
16. Arbeitskreis Hallenbad; Empfehlungen zur Erhöhung der Eintrittspreise und Schließung an Feiertagen; Vorstellung der Entwicklung der

- Energiepreise und Besucherzahlen
- 17. Information zum Projekt "500 Jahre Bauernkrieg"
- 18. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Manfred Preischl		X	Entschuldigt
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer	X		
Josef Dintner	X		
Thomas Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann	X		
Jürgen Joos	X		
Dr. Jürgen Metzner	X		
Franz Miehling	X		
Michael Nagel	X		
Heike Nuber	X		
Marina Regensburger	X		
Johann Schmauser	X		
Thomas Schmidt	X		ab 19.09 Uhr
Markus Schneider	X		
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		ab 19.11 Uhr
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder	X		
Thomas Weißfeld		X	Entschuldigt

Zweiter Bürgermeister Brigl als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 19 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Ortssprecher	Anwe- send	Abwe- send	Abwesenheitsgrund
Stephan Bengl	X		
Franz Brigl	X		
Konrad Schlupf	X		
Johann Wolfsteiner	X		

Verwaltung	Funktion
Michael Pfeiffer	Schriftführer
Andreas Gehr	Kämmerei
Franz Hiebinger	Kämmerei
Katrin Hubmer	Bauamt

Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse
 Richard Auer vom Hilpoltsteiner Kurier, Michael Nahr zu TOP 2
 Frau Amann und Herr Gutfried zu TOP 3-6

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 30

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:00 Uhr	22:36 Uhr

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 02.04.2024
---------------	---------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.04.2024.

TOP 2.	Innerstädtischer Sanierungsbereich "Georg-Jobst-Gasse" in Greding - Vorstellung des städtebaulichen Entwurfs
---------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Das Büro Obermeyer, Koch und Partner aus München wurde mit den Planungen für den Bebauungsplan Nr. 44 "Innerstädtischer Sanierungsbereich - Georg-Jobst-Gasse" in Greding beauftragt.

Die dazugehörige Gruppe K+P Planungsgesellschaft mbH wurde zum 01.11.2023 an die ATP München Planungs GmbH übertragen. Das Büro wurde mit der Erfüllung der restlichen vertraglichen Leistungen beauftragt.

In der Stadtratssitzung am 15.07.2021 und 20.01.2022 wurde die Standortanalyse mit den verschiedenen Konzepten vorgestellt. Der Stadtrat entschied sich auf Grundlage des städtebaulichen Konzeptes auf die Variante 1 und beauftragte die Verwaltung die nächsten Schritte einzuleiten.

Auf Grundlage dieser Entscheidung wurde ein städtebaulicher Entwurf in Verbindung mit einem Massenmodell ausgearbeitet.

Herr Michael Nahr vom Architekturbüro ATP aus München wird uns den städtebaulichen Entwurf vorstellen.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Herrler wollte wissen, ob in diesem Bereich eine Tiefgarage vorgesehen sei.

Herr Nahr erwiderte, dass dies grundsätzlich möglich sei, aber noch nicht im Detail geplant sei.

Dritte Bürgermeister Kratzer begrüßte, dass sich in diesem Entwurf jeder Eigentümer wieder finden könnte. Die Präsentation sollte den Stadträten und den Eigentümern zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Dintner bemängelte die große Grünfläche im Osten, wünschte sich eine größere Verdichtung in der Bebauung und wollte wissen, ob betreutes Wohnen möglich wäre.

Herr Nahr teilte mit, dass dies nicht ausgeschlossen sei.

Stadtrat Schmidt war der Meinung, dass die Eigentümer zu spät eingebunden worden seien.

Stadtrat Schmauser sah den zusätzlichen Autoverkehr zwischen Rathaus und Raiffeisenbank für sehr problematisch.

Herr Nahr stellte fest, dass im Rahmen der Bauleitplanung ein Verkehrsgutachten erforderlich sei.

Stadtrat Markus Schneider führte aus, dass der modulare Aufbau des Gebietes sehr gut gelungen sei. Die großen Erschließungsflächen auf dem Grundstück Schuster sah er problematisch. Eine gleichmäßige Bebaubarkeit müsse über die GFZ geregelt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:1

Der Stadtrat kann sich einen Bebauungsplan nach den Grundlagen des städtebaulichen Entwurfs vorstellen und beauftragt die Verwaltung die nächsten Schritte einzuleiten.

TOP 3.	20. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für die Sondergebiete Photovoltaikanlagen in Großhöbing und Landerzhofen - Feststellungsbeschluss
---------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Gemarkung Großhöbing und Landerzhofen hat der Stadtrat am 13. Juli 2023 beschlossen, dass der Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding geändert wird.

Im Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 16.11.2023 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. In der Zeit vom 10.01.2024 bis 12.02.2024 wurde die Bürgerbeteiligung, mit Schreiben vom 11. Januar 2024 mit der Fristsetzung zum 13. Februar 2024 wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden durchgeführt.

Die Stellungnahmen aus der Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:1

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragene Abwägung gemäß der Tabelle und beschließt die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan für die „Sondergebiete Photovoltaikanlagen Großhöbing und Landerzhofen“ in der Fassung vom 18.04.2024.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Feststellungsbeschluss nach Genehmigung durch das Landratsamt Roth ortsüblich bekannt zu machen.

Die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding wird mit der ortsüblichen Bekanntmachung wirksam.

Stadtrat Dintner war zu diesem TOP persönlich beteiligt und nahm nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

TOP 4.	Bebauungsplan Nr. 61 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Landerzhofen I" - Satzungsbeschluss
---------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Landerzhofen hat der Stadtrat am 13. Juli 2023 beschlossen, dass ein qualifizierter Bebauungsplan hierzu aufgestellt wird.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 16.11.2023 den Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 61 gefasst.

In der Zeit vom 10.01.2024 bis einschließlich 12.02.2024 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung und vom 11.01.2024 bis 13.02.2024 die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden durchgeführt.

Die Stellungnahme aus der Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Der Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger wurde am 12.04.2024 abgeschlossen.

Im Parallelverfahren wird die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für die Sondergebiete Photovoltaikanlagen in Großhöbing und Landerzhofen durchgeführt.

Nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) ist ein formeller Satzungsbeschluss erforderlich.

Nach der Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Landratsamt Roth kann der Bebauungsplan durch ortsübliche Bekanntmachung in Kraft gesetzt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 14:4

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragene Abwägung gemäß der Tabelle. Änderungen, die eine nochmalige Auslegung erforderlich machen, haben sich aus der erneuten Auslegung bzw. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nicht ergeben.

Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 61 „Sondergebiet Photovoltaikanlage Landerzhofen I“, bestehend aus den Unterlagen:

- Planzeichnung mit Satzung
- Begründung mit Umweltbericht, Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP), naturschutzfachliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- Vorhaben- und Erschließungsplan

jeweils in der Fassung vom 18.04.2024, unter Einbeziehung und Berücksichtigung der zuvor gefassten Beschlüsse gemäß § 10 Abs. 1 BauGB, als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss nach Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding durch das Landratsamt Roth ortsüblich bekannt zu machen.

Mit der Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan in Kraft.

Stadtrat Dintner war zu diesem TOP persönlich beteiligt und nahm nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

TOP 5.	Bebauungsplan Nr. 70 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Landerzhofen III" - Satzungsbeschluss
---------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Landerzhofen hat der Stadtrat am 13. Juli 2023 und 10.08.2023 beschlossen, dass ein qualifizierter Bebauungsplan hierzu aufgestellt wird.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 16.11.2023 den Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 70 gefasst.

In der Zeit vom 10.01.2024 bis einschließlich 12.02.2024 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung und vom 11.01.2024 bis 13.02.2024 die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden durchgeführt. Die Stellungnahme aus der Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Der Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger wurde am 12.04.2024 abgeschlossen.

Im Parallelverfahren wird die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für die Sondergebiete Photovoltaikanlagen in Großhöbing und Landerzhofen durchgeführt.

Nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) ist ein formeller Satzungsbeschluss erforderlich.

Nach der Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Landratsamt Roth kann der Bebauungsplan durch ortsübliche Bekanntmachung in Kraft gesetzt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:1

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragene Abwägung gemäß der Tabelle. Änderungen, die eine nochmalige Auslegung erforderlich machen, haben sich aus der erneuten Auslegung bzw. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nicht ergeben.

Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 70 „Sondergebiet Photovoltaikanlage Landerzhofen III“, bestehend aus den Unterlagen:

- Planzeichnung mit Satzung
- Begründung mit Umweltbericht, Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP), naturschutzfachliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- Vorhaben- und Erschließungsplan

jeweils in der Fassung vom 18.04.2024, unter Einbeziehung und Berücksichtigung der zuvor gefassten Beschlüsse gemäß § 10 Abs. 1 BauGB, als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss nach Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding durch das Landratsamt Roth ortsüblich bekannt zu machen.

Mit der Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan in Kraft.

TOP 6.	Bebauungsplan Nr. 65 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Großhöbing II" - Satzungsbeschluss
---------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Großhöbing hat der Stadtrat am 19.01.2023 beschlossen, dass ein qualifizierter Bebauungsplan hierzu aufgestellt wird.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 16.11.2023 den Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 65 gefasst.

In der Zeit vom 10.01.2024 bis einschließlich 12.02.2024 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung und vom 11.01.2024 bis 13.02.2024 die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden durchgeführt.

Die Stellungnahme aus der Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Der Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger wurde am 12.04.2024 abgeschlossen.

Im Parallelverfahren wird die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für die Sondergebiete Photovoltaikanlagen in Großhöbing und Landerzhofen durchgeführt.

Nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) ist ein formeller Satzungsbeschluss erforderlich.

Nach der Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Landratsamt Roth kann der Bebauungsplan durch ortsübliche Bekanntmachung in Kraft gesetzt werden.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Schmidt führte aus, dass ihm die Bürgerbeteiligung für die Photovoltaikanlagen in Greding zu kurz komme und er deshalb die Anlagen ablehne.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:1

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragene Abwägung gemäß der Tabelle. Änderungen, die eine nochmalige Auslegung erforderlich machen, haben sich aus der erneuten Auslegung bzw. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nicht ergeben.

Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 65 „Sondergebiet Photovoltaikanlage Großhöbing II“, bestehend aus den Unterlagen:

- Planzeichnung mit Satzung
- Begründung mit Umweltbericht, Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP), naturschutzfachliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- Vorhaben- und Erschließungsplan

jeweils in der Fassung vom 18.04.2024, unter Einbeziehung und Berücksichtigung der zuvor gefassten Beschlüsse gemäß § 10 Abs. 1 BauGB, als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss nach Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding durch das Landratsamt Roth ortsüblich bekannt zu machen.

Mit der Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan in Kraft.

TOP 7.	Einbeziehungssatzung "Birkhofer Straße" in Attenhofen - Aufstellungsbeschluss
---------------	--------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Mit Antrag vom 12.04.2023 wurde eine Bauvoranfrage auf Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf der Flur-Nr. 155/0 Gem. Landerzhofen eingereicht.

Das Grundstück befindet sich am nördlichen Ortsrand von Attenhofen.

Der Stadtrat erteilte am 26.04.2023 der Bauvoranfrage das gemeindliche Einvernehmen.

Der Kreisbaumeister konnte sich bei einer städtebaulichen Anfrage eine Bebauung vorstellen.

Die beteiligten Fachabteilungen im Landratsamt konnten sich im Zuge der Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren sich eine Bebauung nur im Rahmen einer Bauleitplanung vorstellen, da sich die Fläche im Außenbereich befindet und das Vorhaben auch nicht ausnahmsweise nach § 35 Abs. 2 BauGB möglich ist.

Um die Wohnbebauung zu ermöglichen, ist eine Einbeziehungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB notwendig. Gem. § 34 Abs. 6 BauGB ist das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB anzuwenden.

Die geplante Teilfläche hat eine Größe von rund 0,12 Hektar.

Diese Fläche ist als Fläche für die Landwirtschaft im Flächennutzungsplan dargestellt. Die beantragte Nutzung dürfte ohne Änderung des Flächennutzungsplanes zulässig sein.

Der Antragsteller hat bereits durch die Erschließungsvereinbarung vom 22.06.2023 bekundet, dass er bei einer erforderlichen Bauleitplanung, die Kosten trägt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung der Einbeziehungssatzung "Birkhofer Straße" in Attenhofen aufgrund des § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) im Teilbereich des Grundstückes, Flur-Nr. 155/0 Gem. Landerzhofen.

Die festgesetzte Fläche soll eine Wohnbebauung ermöglichen.

TOP 8.	Bauantrag auf An- / Umbau und Nutzungsänderung eines Wohn- und Gästehauses in Greding
---------------	----------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Für das Grundstück "Adalbert-Stifter-Straße 31", Flur-Nr. 312/17 in Greding, ist ein Bauantrag auf einer Pension in Wohnungen eingegangen.

Für das Grundstück liegt aus dem Jahr 1995 ein genehmigter Bauantrag auf Umwidmung von Wohnungen in Fremdenzimmer und Terrassenüberbauung vor. In diesem Antrag wurden im 1. + 2. OG 36 Betten genehmigt. Die drei Personalzimmer im DG wurden nicht berücksichtigt. Die Gaststätte mit Küche im Erdgeschoss wurde bereits in einem vorherigen Bauantrag genehmigt.

Momentan sind in den Zimmern Flüchtlingen und Asylsuchende untergebracht.

Dem Bauantrag ging bereits ein Bauantrag auf Nutzungsänderung von einer Pension in ein Boardinghaus mit 51 Betten voraus. Diesem wurde im Bau- und Umweltausschuss am 15.05.2023 das gemeindliche Einvernehmen versagt. Das Vorhaben würde eine Entwicklung einleiten, die die Eigenart des Gebiets beeinträchtigt.

Auch das Landratsamt Roth kam zum Entschluss, dass die Nutzungsänderung nicht mit dem Gebietscharakter vereinbar ist und die erteilte Ausnahme mit 36 Betten + 3 Personalzimmer aus dem Jahr 1995 das genehmigungsfähige Limit ausreize.

Es fand ein Abstimmungstermin mit dem Landratsamt Roth, der Stadt Greding, dem Architekten und dem Eigentümer/Betreiber statt. Der Antragsteller zog den Bauantrag mit Schreiben vom 09.11.2023 zurück.

Folgende Änderungen sind geplant.

Erdgeschoss: Errichtung von 6 Wohneinheiten (als Appartements dargestellt)

1. Obergeschoss: Bestand 11 Zimmer mit insg. 20 Betten (17 Betten dargestellt)

2. Obergeschoss: Bestand 9 Zimmer mit insg. 16 Betten (14 Betten dargestellt)

1. und 2. OG bleiben nach der Planung unverändert.

Dachgeschoss: Errichtung von 2 Wohnungen

Folgende Betriebsbeschreibung wurde beigelegt:

Art des Betriebes bzw. geplante Nutzung des Vorhabens:

Gästezimmer zur gewerblichen Vermietung für vorrangig kürzere und mittlere Aufenthaltsdauern mit eingeschränkten Serviceleistungen nach Bedarf sowie Appartements bzw. Wohnungen zu allgemeinen Wohnzwecken.

Zielgruppe für die Gästezimmer insbesondere:

- *Geschäftsleute mit zeitlich begrenzten Projekten im Umfeld*
- *Außendienstmitarbeiter von Unternehmen*
- *Montage-, Wartungs- und Servicemitarbeiter von Unternehmen mit Projekten im Umfeld*
- *vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden bis zur Zuweisung von Wohnungen*
- *kurzzeitig pflegende Angehörige/Freunde von plötzlich pflegebedürftigen Bewohnern des Wohngebiets*
- *zeitweilige Entsandte an umliegenden Fortbildungs-, Forschungs- und Studieneinrichtungen (z.B. Auslandsstudien, fellows, Seminarleiter/Referenten aus Fortbildungs- und Zertifizierungsveranstaltungen in der Umgebung usw.)*

Zielgruppe für die Appartements sind insbesondere:

- *Privatpersonen, Familien, Studenten u.dgl.*
- *Betriebsangehörige von Firmen für längerfristige Wohnnutzung*
- *Vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden bis zur Zuweisung von Wohnungen*

Die Appartements werden langfristig oder fest und ohne Serviceleistungen vermietet. Sie können ggf. - auch einzeln - als Eigentumswohnung veräußert werden.

Mögliche Serviceleistungen nach Bedarf der Bewohner (serviced appartements) insbesondere:

- *Empfang mit Ansprechpartner für Belange der Hausgäste, ggf. per Internet*
- *Gemeinschaftstoiletten m/w im Erdgeschoss (Bestand)*
- *Bereitstellung Frühstücks-/Essensraum zur Selbstnutzung durch die Hausgäste*
- *Sauna (o.ä. Fitnessraum) zur gemeinschaftlichen Nutzung der Hausgäste*
- *(automatengestützte) Bereitstellung von Getränken und Snacks*
- *Zimmereinigung, ggf. Hausmeister*

Emissionen, Abfälle, Abwässer (Abwasseranlage Bestand), Anlieferung (z.B. Pelletlieferung, ggf. Catering) und sonstige Auswirkungen wie z.B. Parkverkehr im üblichen Rahmen eines entsprechenden Gäste- bzw. Wohnhauses.

Die neue Pelletheizung erhält eine Rauchfilteranlage nach aktuellen Vorschriften.

Stellplatzermittlung nach Nutzungsänderung:

Stellplatzschlüssel nach der Garagen- und Stellplatzverordnung Bayern:

Gästezimmer (analog Pension): 1 STP je 6 Betten, davon 75% Besucher-STP

Insgesamt 36 Betten = 6 STP

Wohnung, Appartement: 1 STP je Wohneinheit, davon 10% Besucher-STP

8 Wohnungen bzw. Appartement = 8 STP

Die Errichtungen von Wohneinheiten ist nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO zulässig.

Die Betriebsbeschreibung muss für die Appartements/Wohnungen so engmaschig gefasst werden, dass nur Dauernutzungen zulässig sind. Dies muss durch die Genehmigungsbehörde sichergestellt werden.

Das Grundstück liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplans für das Wohngebiet "Im Kaisinger Tal" der Stadt Greding. Der überplante Bereich ist als allgemeines Wohngebiet im Sinne des § 4 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) gekennzeichnet. Folgende Befreiungen wurden bereits im Baugenehmigungsverfahren von 1995 erteilt:

1. Überschreitung der Baugrenze
2. Gästezimmer in einem allgemeinen Wohngebiet
3. Garage und Stellplätze außerhalb der hierfür festgesetzten Flächen
4. Zahl der Vollgeschosse III anstelle II
5. Überschreitung der GFZ
6. Abweichende Dachneigung
7. Abweichende Form und Dachneigung der Garagen und Heizraumdaches

Die Befreiungen sind zu erteilen, da der bislang genehmigte Gebäudebestand bis auf Dämm- und Umbaumaßnahmen unverändert.

Folgender Antrag auf Abweichung wurde gestellt:

Nach Art. 7 Abs. 3 BayBO muss bei der Errichtung von mehr als drei Wohnungen ein ausreichend großer Kinderspielplatz angelegt werden. Art. 47 Abs. 3 BayBO gilt entsprechend. Dieser bietet die Möglichkeit, den Kinderspielplatz auf einem geeigneten Grundstück in der Nähe anzulegen bzw. den Kinderspielplatz abzulösen (analog wie bei einer Stellplatzablöse zu handhaben).

Nach gängiger Rechtsauffassung soll die Bruttofläche des Kinderspielplatzes je 25 m² Wohnfläche mindestens 1,5 m² (mindestens jedoch 60 m²) betragen. Hier haben wir eine Wohnfläche im EG und DG von rund 390 m².

Der Antragsteller hat eine Abweichung von der Verpflichtung auf Errichtung eines Kinderspielplatzes nach Art. 63 Abs. 1 BayBO bei der Bauaufsichtsbehörde beantragt.

Einem Antrag auf Spielplatzbefreiung bzw. auf Spielplatzablöse wurde im Gemeindegebiet noch nicht gewährt.

Die Pension wurde mit der Gaststätte betrieben.

Definition Pension: Bei einer Pension handelt es sich um eine Herberge oder Unterkunft mit privater Atmosphäre. Die Leistungen sind eingeschränkter als in einem normalen Hotel, allerdings gehört ein Frühstück zum Standardangebot einer Pension. Häufig handelt es sich um ein privat geführtes Haus welches über mehrere Gästezimmer verfügt.

Durch die Nutzungsänderung des Erdgeschosses in Wohnungen sind die Gästezimmer in Form einer Pension nicht mehr nutzbar. Die Nutzung der Gästezimmer ist anhand der Betriebsbeschreibung eher einem Arbeitnehmerwohnheim zuzuordnen. Ein Arbeitnehmerwohnheim ist nach Art. 4 Abs. 3 BauNVO auch nicht ausnahmsweise zulässig.

Dies ist durch die Genehmigungsbehörde im Verfahren zu prüfen.

Aufgrund der beantragten Abweichung auf Erlass auf Errichtung eines Kinderspielplatzes und der Überprüfung der Betriebsbeschreibung durch die Genehmigungsbehörde empfiehlt die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen zu versagen, bis eine aussagekräftige Stellungnahme vom Landratsamt Roth vorliegt.

Die Stadt Greding ist zu ihrem gemeindlichen Einvernehmen, bei geänderter Sachlage, nochmals zu beteiligen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat versagt dem Bauantrag auf Umbau- und Nutzungsänderung eines Wohn- und Geschäftshauses in Greding das gemeindliche Einvernehmen.

Die Stadt Greding ist bei geänderter Sachlage nochmals im Verfahren zu beteiligen.

TOP 9. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge

Sachverhalt:

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Bauantrag auf Nutzungsänderung des 1. OG eines Pflegeheims in eine ambulante, betreute Wohngruppe in Obermässing
- Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienwohnhauses in Attenhofen
- Bauantrag auf Anbau eines Wintergartens sowie einer Eingangsüberdachung an das bestehende Wohnhaus in Untermässing
- Antrag auf isolierte Befreiung auf Errichtung eines Stahlzaunes mit Gartentor in Röckenhofen
- Antrag auf isolierte Befreiung auf Errichtung einer Einzelgarage in Greding

TOP 10. Beschluss über die Anschaffung einer Drehleiter

Sachverhalt:

Der Stadtrat hat bereits mehrfach über die Sicherstellung des zweiten Rettungsweges bei Bestandgebäuden diskutiert. Eine entsprechende Stellungnahme des Kreisbrandrates ist in der Anlage beigelegt.

Der Antrag der CSU-Fraktion auf Anschaffung einer Drehleiter wurde bis zur Entscheidung über den Haushalt 2024 zurückgestellt.

Inzwischen liegen dem Stadtrat alle zur Entscheidung erforderlichen Grundlage vor. Für den Haushalt 2025 und 2026 bedeutet die Anschaffung einer Drehleiter nach dem vorliegenden Entwurf des Finanzplanes eine weitere Verschuldung in Höhe der Anschaffungskosten abzüglich der Förderung.

Die Anschaffungskosten werden von der Feuerwehr aktuell auf rund 1.000.000 Euro beziffert. Die aktuelle Förderung für eine DLAK 23/12 beträgt 307.190 Euro Für eine DLAK 18/12 232.050 Euro.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Dintner erinnerte an den Antrag der CSU-Fraktion vom Januar 2023 und machte nochmals deutlich, dass die Drehleiter für die Feuerwehr Greding unverzichtbar sei.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat beschließt die Anschaffung einer Drehleiter DLAK 23/12 für die Feuerwehr Greding und beauftragt die Verwaltung einen entsprechenden Förderantrag zu stellen und die Ausschreibung vorzubereiten.

TOP 11.	Schaffung eines Gemeinschaftshauses für Landerzhofen / Attenhofen Sachstand und weiteres Vorgehen
----------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Aufgrund der Schließung der Gastwirtschaft Klinger in Attenhofen gibt es in Landerzhofen/Attenhofen Bestrebungen zur Schaffung eines Gemeinschaftsraumes. Die beiden Ortsprecher aus Landerzhofen und Attenhofen haben hierzu im Dezember 2023 in der Verwaltung vorgesprochen. Bei diesem Gespräch wurden mehrere Varianten erörtert.

Dies hat die Verwaltung zum Anlass genommen und im Amt für Ländliche Entwicklung in Ansbach vorgesprochen, um die grundsätzlichen Fördermöglichkeiten abzuklären.

Die Vertreter des Amtes für Ländliche Entwicklung haben dabei ausgeführt, dass die Schaffung von Gemeinschaftshäusern bzw. -räumen im Amt hohe Priorität habe. Aus Sicht des Amtes wäre frühestens 2026 eine Bewilligung möglich. Aufgrund von Mittelkürzungen müsse eine Vorfinanzierung einkalkuliert werden. In jedem Fall lege das Amt großen Wert auf nachhaltiges Bauen. Ein Umbau einer Bestandsimmobilie komme deutlich vor einem Neubau.

Als nächster Schritt müsse nun in aktiver Bürgerbeteiligung die Grundlagen (Anlass, Notwendigkeit, Zweck, Trägerschaft, Betriebs- und Nutzungsorganisation usw.) für ein Gemeinschaftshaus erarbeitet werden.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Dintner führte aus, dass durch den Wegfall der Gastwirtschaft Klinger ein Gemeinschaftsraum für Landerzhofen und Attenhofen erforderlich werde. Die Standortvarianten sollten mit den Ortssprechern noch diskutiert werden.

Ortssprecher Brigl unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit für ein Gemeinschaftshaus nicht zuletzt aufgrund des neuen Baugebietes in Attenhofen.

Stadtrat Markus Schneider wollte wissen, ob es für eine Bestandsimmobilie mehr Förderung gebe als für einen Neubau.

Geschäftsleiter Pfeiffer verneinte dies.

Stadträten Nuber wünschte einen Ortstermin des Bauausschusses, um die Möglichkeiten der Standorte zu besichtigen.

Stadtrat Metzner teilte mit, dass die Kirche willig sei, Immobilien zu verkaufen. Dies sollte in die Überlegungen einbezogen werden.

Stadtrat Sorgatz führte aus, dass es sehr wichtig sei, sich im Vorfeld Gedanken über den Betrieb des Gemeinschaftsraumes zu machen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat nimmt vom Sachstand Kenntnis und beauftragt die Dorfgemeinschaft Landerzhofen/Attenhofen in einer aktiven Bürgerbeteiligung die vom Amt für Ländliche Entwicklung geforderten Grundlagen zu erarbeiten.

TOP 12.	Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Für das Haushaltsjahr 2024 sind eine Haushaltssatzung und ein Haushaltsplan zu erlassen. Der Haushalt für das Jahr 2024 wurde im Haupt- und Finanzausschusses und Stadtrat bereits vorberaten.

Die Entwürfe der Haushaltssatzung, des Haushaltsplans, Finanzplans, Vorberichts, Investitionsprogramms und des Stellenplans liegen dem Stadtrat vor.

Diskussionsverlauf:

Kämmerer Franz-Josef Hiebinger stellte anhand der beigefügten Präsentation die Eckdaten des Haushalts 2024 und des Finanzplanes vor.

Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl:

„Der Haushaltsplan bildet die Grundlage für die finanzielle Verwaltung der Gemeinde. Gemäß der Gemeindeordnung sind für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung und eine Finanzplanung, die das zu erwartende Investitionsprogramm beinhaltet, zu erlassen und ein Stellenplan vorzustellen. Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan wurde im Stadtrat vorberaten. Heute gilt es den Haushaltsplan 2024 zu beschließen.

In Zeiten knapper Finanzmittel muss ein Haushaltsplan mit Disziplin, reiflicher Überlegung, Sorgfalt und großer Verantwortung getroffen werden. Die Pflichtaufgaben haben absolute Priorität. Wir dürfen uns nicht von Wünschen und vielseitigen Erwartungen leiten lassen. Mit einem Anspruchsdenken werden wir immer konfrontiert. Wir müssen abwägen und differenzieren.

Nur einige unserer Pflichtaufgaben seien angeführt:

1. Feuerwehrwesen: 1,2 Mio. (Zuschüsse: 277.000,-- €) Verschiedene Fahrzeuge für die Stützpunktwehr und Ortswehren. (Greding – 2, Grafenberg, Herrnsberg) wurden beauftragt.

Das Feuerwehrwesen ist eine wesentliche Pflichtaufgabe der Kommune. Ohne unsere Ehrenamtlichen könnten wir diese Aufgabe weder leisten noch finanzieren. Erfreulich, dass unsere Wehren so aktiv sind, üben, trainieren, an den erforderlichen Schulungen teilnehmen und immer wieder Nachwuchskräfte rekrutieren.

2. Straßen-/Kanalsanierung in der Attenhofener Straße (1 Mio.) und Bergstraße – Straße, Regen-, Mischwasserkanal (2,2 Mio.).

Stadt muss grundsätzlich in Vorleistung. Eine Studie über den Zustand unseres gesamten Kanalsystems hat uns gezeigt, dass auch in den nächsten Jahren Handlungsbedarf bestehen wird. Dass bei manchen Straßen Handlungsbedarf besteht, lässt sich nicht leugnen.

3. Für den Glasfaserausbau unserer Ortsteile sind 2,8 Mio. eingeplant. Eine dringende Maßnahme, wenn man bedenkt, wie die Digitalisierung unseren Alltag mittlerweile prägt. Erfreulich, dass es 90 % Zuschuss gibt, aber auch hierfür gilt: die Mittel müssen zunächst zur Verfügung stehen.

4. Wir haben in Sachen Stadtentwicklung zu schultern:

- Generalsanierung – Eichstätter Tor (575.000,-- €)
- Austausch Pflaster und Beleuchtung Bahnhofstraße (Marktplatz)
- Sanierung Blasiturm (100.000,-- € nicht förderfähig)
- Planungsleistungen für Marktplatz 15 (fallen dabei kaum ins Gewicht)

Die Bürokratie gerade bei Bauprojekten stellt eine große Hürde dar. Richtlinien gehen häufig an der Realität vorbei.

5. Dorferneuerung: Gemeinschaftshaus Mettendorf (im vollen Gange), wieder 480.000,-- € vorgesehen, dann ist wenigstens das Dach wieder dicht.

Angedacht und mit der Regierung besprochen sind Planungen für ein Gemeinschaftshaus für Landerzhofen/Attenhofen.

Planungen für eine umfassende Dorferneuerung für Obermässing 2.

Dorfplatz Kaising abgeschlossen (76.000,-- € von der Stadt aufzubringen).

6. Für eine gemeinsame Nutzung von Wirtschaftsschule und Mittelschule wird der Physikraum der Schule derzeit umgebaut.

Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben die Eltern Anspruch auf Ganztagesbetreuung an der Schule. Im Zuge einer Elternbefragung an allen Kindertagesstätten wurde ein Bedarf angemeldet.

Entsprechend gilt es die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen. Konzepte hierfür wurden entwickelt, wobei auch den Lernlandschaften Rechnung getragen werden soll.

7. Weitere zentrale Anliegen stehen auf der Agenda

Seniorenbetreuung. Zum Glück hat sich hier ein Betreiber gefunden, der dieses Objekt nach vorne bringen wird. Bin ich zuversichtlich.

8. Der Katalog der Maßnahmen ließe sich fortsetzen.

Den Vorstellungen, Anliegen und Wünschen aller unser Bürgerinnen und Bürger können/werden wir nicht nachkommen können – wenigstens nicht unmittelbar oder auch zeitnah.

Der Stadtrat ist gefordert, verantwortungsvoll und nachhaltig mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln zu planen und umzugehen. Wir müssen auch in Zukunft handlungsfähig bleiben und bedenken, dass wir uns in keiner einfachen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung befinden. Trotz alledem werden wir weiterhin aktiv die Entwicklung unserer Stadt und Dörfer planen und gestalten. Für mich heißt es deshalb mit Bedacht und Umsicht Zukunft gestalten.

Im Haushaltsjahr 2023 musste die Stadt keine Investitionskredite aufnehmen. Aufgrund der Tilgung reduzierte sich die Verschuldung um 618.000,-- €.

In 2024 ist eine Tilgung von 985.000,-- € vorgesehen, bei einer Kreditaufnahme von 2.885.000,-- €. Der Schuldenstand wird sich zum Ende des Haushaltsjahres auf

11.052.583,57 € belaufen. Bei 7.431 Einwohnern erhöht sich der Schuldenstand pro Einwohner auf 1.487,36 €.

Diese Zahl sollten wir uns immer wieder vor Augen führen. Es ist ein schwacher Trost, wenn man von anderen Kommunen eine ähnliche Entwicklung der Finanzen hört. Ich möchte diese Entwicklung jedem einzelnen Mitglied im Stadtrat bei jeder noch so wünschenswerten Maßnahme, bei jedem noch so wünschenswerten Projekt immer wieder nahelegen. Wir wollen unsere Kommune weiterentwickeln, aber in einem vertretbaren finanziellen Rahmen.

Erfreulich die Zuführung vom VW-HH in den VM-HH in Höhe von 2.100.000,-- €.

Der Haushalt weist eine Mindestrücklage von 170.000,-- € auf.

(Die staatlichen Zuschüsse in Höhe von 6 Mio. € mögen zeitnah eingehen. Schließlich gilt es für Hochbaumaßen 2 Mio. und für Tiefbaumaßnahmen 7 Mio. zu schultern.)

Bleibt zu hoffen, dass es wirtschaftlich im Lande wieder aufwärts geht und Einnahmen aus dem Verkauf für Wohnbau (587.000,--€) und Gewerbeflächen (200.000,--/300.000,-- €) sowie eingeplant erzielt werden können.

Von nicht unerheblichen weitgehend konstanten, nicht gleichbleibenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt möchte ich nicht näher eingehen.

Am Montag hat unsere Kämmerei noch einige größere Abweichungen erklärt.

Kreisumlage, Personalkosten, Betriebs-/Unterhaltskosten für städt. Einrichtungen sind z.T. deutlich gestiegen.

Erwähnt seien nur die erhöhten Energiekosten, die auch den prekären Situationen in den derzeitigen Krisengebieten geschuldet sind. Wir können froh sein, dass wir in Sachen Energie frühzeitig auf einigen städtischen Liegenschaften PV-Anlagen errichtet haben und unser Hallenbad an das Heizwerk anschließen konnten. Nicht zu vernachlässigen die erhöhten Personalkosten, die einhergehen mit den tariflichen Erhöhungen und Anpassungen.

2024: Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 30.329.100,- €

2023: Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 29.013.000,- €

verzeichnet der

VW	eine Erhöhung	212.100,- € =	1,23 %
VM		1.104.000,- €	9,42 %

2024 VW Einnahmen und Ausgaben: 17.505.100,- €

VM Einnahmen und Ausgaben: 12.824.000,- €

2023 VW Einnahmen und Ausgaben: 17.293.000,- €

VM Einnahmen und Ausgaben: 11.720.000,- €

Der Haushalt 2024 ist deutlich zurückhaltender geplant als in den Vorjahren!

Bleibt mir zu danken:

Bedanken möchte ich mich allen voran bei unserem Geschäftsführer, bei den Mitarbeitern in der Kämmerei, die hauptverantwortlich für die Erstellung des Haushalts zeichnen. Zu danken gilt es an dieser Stelle aber eigentlich der gesamten Verwaltung, speziell auch den Mitarbeitern im Bauamt, denn alle sorgen letztlich dafür, dass anfallende Aufgaben nicht nur angegangen und erledigt werden können. Sie alle helfen mit ihrem Engagement und Einsatz mit, dass wir Stadträte vertretbare und verantwortungsvolle Entscheidungen treffen können und unsere Kommune den Erfordernissen der Zeit entsprechend entwickeln. Entgegen den Ankündigungen werden bürokratische Hürden leider nicht abgebaut und zunehmend mehr

Aufgaben an die Kommunen delegiert. Der Arbeitsaufwand für die kommunalen Verwaltungen wurde dadurch in den zurückliegenden Jahren deutlich größer.“

Stadtrat Sorgatz:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in der Zeitung liest man in letzter Zeit sehr oft „der Haushalt ist auf Kante genäht“. Das Sprichwort „auf Kante genäht“ stammt aus dem Schneiderhandwerk. Wenn etwas „auf Kante genäht“ ist, bedeutet es, dass es sehr knapp bemessen ist und keinen Spielraum für Abweichungen oder Erweiterungen lässt. Ursprünglich wurde diese Redewendung beim Nähen verwendet, um zu beschreiben, dass Stoffteile ohne Überlappung, also „Kante an Kante“, vernäht wurden. Hierdurch konnte sich nichts mehr vergrößern oder verlängern.

Unser Haushalt 2024 ist nicht auf Kante genäht, denn wir müssen, um in der Schneidersprache zu bleiben einen Zwickel in Form eines Kredits in Höhe von 2.885 Mio. € einnähen.

Übrigens betrug 2008 bei einem Gesamthaushalt von 13.624 Mio. der Schuldenstand 5,47 Mio. (40,01%), 2024 wird bei einem Gesamthaushalt von 30,2 Mio. der Schuldenstand Ende 2024 11.042 Mio. (36,5%), betragen.

Mir liegt es fern, die Situation damit schön zu reden, aber wie man sieht, war der Haushalt schon immer auf Kante genäht.

Nun als erstes zur Finanzkraft unserer Kommune Greding, sie ist im Vergleich zu anderen Gemeinden im Landkreis Roth weiter gestiegen. Die Kreisumlage ist trotz Senkung um 0,4 Punkte für Greding um 342.056 Euro gestiegen und beträgt 2024 nun 4,26 Mio. €. Seit 2008, meiner ersten Haushaltsrede, ist die Wirtschaftskraft und damit die Kreisumlage von damals 1,926 Mio. € stetig gestiegen. Dem gegensätzlich hat sich die Schlüsselzuweisung von 1.507.300 € in 2008 auf 960.000 € sprich 547.300 € verringert, so dass die Bilanz Kreisumlage und Schlüsselzuweisung von 2008 bis 2024 ein Minus von 2.473.300 € aufweist.

Das war jetzt ein Ausflug in die Vergangenheit, um den heute zu verabschiedenden Haushalt 2024 einzuordnen.

Greding hat, dank vieler hervorragenden Unternehmen, fleißigen Handwerkern und hochqualifizierten Arbeitnehmer, eine sehr gute Ausgangsposition. Das unterstreicht eindrucksvoll unsere Wirtschaftskraft. Dafür einen großen Dank.

Ich behaupte, wir haben keinen einzigen Euro zu Fenster hinausgeworfen, sondern sehr viel für die Zukunft unserer Kommune investiert. Nur einige Beispiele: Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Wasser- und Abwasseranlagen, Straßen, Barrierefreiheit und viele Baugebiete. Dazu kommen diverse Türme und Tore. Ich kenne wenige oder keine Kommunen, die derlei Schützens- und erhaltenswerte Bauwerke so vorbildlich erhalten.

Ich kann mit großer Zufriedenheit feststellen, dass diese Maßnahmen größtenteils von allen Fraktionen mitgetragen wurden. Viele der für 2024 vorgesehenen Investitionen sind bereits im Bau, bestellt oder verabschiedet und beschlossen. Das sind im Wesentlichen:

- Glasfaserausbau in den Ortsteilen 2.860.000 €
- Straßensanierungen Berg- und Attenhofener-Straße 1.630.000 €
- Eichstätter Tor 575.000 €

- Feuerwehr: HLF20 und TLF Für Greding, MLF Grafenberg, MLF Herrnsberg 1.096.000 €
- Gemeinschaftshaus Mettendorf 480.000 €
- und vieles mehr.

Dazu kommen ausstehende Einnahmen, zugesagte Zuschüsse in Höhe von 2.151.171 € und nicht realisierte Einnahmen aus Grundstücksverkäufen Kreuzfeld.

Das alles klingt jetzt wie eine Rechtfertigung unserer Entscheidungen, aber das alles wurde sehr sorgfältig überlegt, diskutiert und beschlossen.

Nun zur Finanzplanung 2025, 2026 und 2027.

„Die Demokratie lebt vom Kompromiss. Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen.“ Ein Zitat von Helmut Schmidt.

Wir brauchen das Jahr 2025 einfach zur Konsolidierung ohne weitere Kreditaufnahme. Der Antrag der CSU-Fraktion für eine Drehleiter hat mich anfangs verärgert, denn alle Fraktionen sahen den Bedarf einer Drehleiter. Aber inzwischen haben auch alle erkannt, dass es ein Anstoß war, die Entscheidung zu forcieren und mit der Bedarfs- und Gefahrenermittlung, dem Statement des Kreisbrandrates und der örtlichen Feuerwehr die Entscheidung voranzubringen. Für die Entscheidung meiner Kolleginnen und Kollegen unseren Kompromissvorschlag den Erwerb nach der Konsolidierung 2025 in 2026/2027 einzuplanen bin ich sehr dankbar.

Der Dorfplatz in Grafenberg wurde wieder aufgenommen, unter der Voraussetzung eine für Gemeinde und Bürger von Grafenberg optimale Lösung zu finden. Leider musste die Dorferneuerung Esselberg verschoben werden auf 2027/2028.

Da es sich hier um eine Planung handelt, kann sich natürlich noch etwas ändern. Denken wir nur an die Schulen mit einem Damoklesschwert Ganztagsbetreuung. Es ist auch kein Ansatz für das Anwesen Marktplatz 15 enthalten. Dennoch war es wichtig die Ausschreibung für die Planungen zu beschließen, um die Kosten und damit verbundene Förderungen zu ermitteln.

Ich hoffe nun, ich habe meinen Kolleginnen und Kollegen noch Themen übriggelassen.

Der Kämmerer mit Herrn Hiebinger, Herrn Pfeiffer und allen die daran mitgearbeitet haben ein herzliches Dankeschön. Meinen Kolleginnen und Kollegen danke ich nicht nur für ein konstruktives und sachliches, sondern auch ein persönliches Miteinander. Ich wünsche mir, bin aber auch überzeugt, dass das nach einem fairen und sachlichen Wahlkampf nicht beeinträchtigt wird.

Ich denke wir sind auf einem guten Weg die Kernstadt als auch die Dörfer zu einer lebens- und lebenswerten Gemeinde zu erhalten und noch besser zu machen.

Die FDP stimmt dem Haushalt zu.“

Stadtrat Josef Dintner:

„Sehr geehrter Herr zweiter Bürgermeister Brigl,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr zu Beginn meiner Ausführungen einen herzlichen Dank an unsere Verwaltung, insbesondere unserem Kämmerer Herrn Hiebinger und allen, die an der Erstellung des Haushalts mitgewirkt haben, für die gewissenhafte Vorbereitung. Das Gesamtvolumen unseres Haushaltes vergrößert sich von 29 Mio. im letzten Jahr auf 30,3 Mio. €.

Nachdem im letzten HH-Jahr keine Investitionskredite aufgenommen werden mussten, sind nun Kreditaufnahmen in Höhe von 2,9 Mio. € erforderlich. Damit steigt die Verschuldung auf 11,1 Mio. € und erreicht ihren Höchststand seit 2014. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird sich somit, bezogen auf die letzten 10 Jahre, annähernd verdoppeln und zwar von 760 € auf 1.487 €.

Allerdings stehen dieser Entwicklung auch beträchtliche Investitionen gegenüber. Seit Jahren hat die Verwaltung große Bauprojekte voranzubringen, die unseren Haushalt erheblich belasten.

Bereits begonnene Großprojekte müssen weitergeführt werden und neue Projekte, nicht zuletzt die von der heutigen Stadtratssitzung, sind bereits in Sichtweite.

Insbesondere unsere Pflichtaufgaben, wie z.B. die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Fahrzeugen, damit unsere Feuerwehren ihren ehrenamtlichen Dienst für die Bürgerinnen und Bürger Gredings leisten können, nehmen im Gesamthaushalt mit 1,2 Mio. € eine beachtliche Position ein.

Im Übrigen sind die Straßenbaumaßnahmen mit über 2 Mio. und Kosten der Abwasserbeseitigung mit 1,2 Mio. die Hauptausgabepositionen.

Auch dem Erhalt unseres kulturellen Erbes messen wir hier in Greding eine große Bedeutung bei, die sich nicht zuletzt auch in unserem Stadtsäckl bemerkbar macht. Hauptpositionen sind hier die Generalsanierung des Eichstätter Tors in Höhe von 575.000 € und die Fortführung der Instandsetzung des Gemeinschaftshauses Mettendorf mit 480.000 €.

Bei der ersten überschlägigen Durchsicht der veranschlagten Maßnahmen noch in der Sitzung mit unserem Bürgermeister Manfred Preischl war bereits erkennbar, dass in erster Linie bereits begonnene Projekte fortgeführt werden und für neue Maßnahmen kein allzu großer Spielraum besteht.

Dies wird sich voraussichtlich auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich ändern, so dass der Fokus weiterhin auf dem nachhaltigen Umgang mit Steuergeldern durch eine umsichtige Finanzpolitik zu legen sein wird.

Bei den Einnahmen erscheint uns die Annahme des Gewerbesteueraufkommens von 2023 mit 4 Mio. € in Anbetracht von in der Presse zu lesenden Gewerbesteuerausfällen in anderen Gemeinden zwar etwas optimistisch, wir vertrauen hier jedoch der Erfahrung unseres Kämmers.

Die CSU-Fraktion stimmt somit der vorgelegten Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 zu.

Vielen Dank.“

Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
geschätzte Gäste,

mit über 30 Mio. € haben wir einen anspruchsvollen Haushalt für das Jahr 2024 erstellt. Wir Mitglieder des Stadtrats wissen, dass es in diesem Jahr besondere Umstände waren, weshalb unser Zahlenwerk nicht früher erstellt und verabschiedet werden konnte. Wir

möchten trotzdem den Hinweis anbringen, dass der Haushaltsplan früher also Jan / Feb erstellt werden sollte.

Mit 2,8 Mio. € Neuverschuldung haben wir dann einen beträchtlichen Berg Schulden von über 11 Mio. herumschleppen. Dies schränkt den Spielraum für Wünsche, beträchtlich ein.

Auch künftige Pflichtaufgaben stehen schon sichtbar vor der Türe und müssen in den nächsten Jahren klug und vorausschauend in die Umsetzung kommen, um diesen Berg an Schulden nicht weiter anwachsen zu lassen.

Die Kreisumlage schlägt im Vergleich zum Vorjahr mit einer Steigerung von mehr als 300.000 € und somit mit einem Rekord von 4,2 Mio. € in unseren Haushalt durch. Das ist bei sinkender %tualer Kreisumlage erfreulich, denn es zeigt uns, dass die Wirtschaftskraft in unserer Gemeinde abermals gestiegen ist.

Erfreulich ist

- dass die Steuerhebesätze mit 320 % stabil gehalten werden können,
 - dass die Einnahmen bei der Gewerbesteuer steigen,
- das zeigt uns, dass es unseren Betrieben gut geht und dass Gewinne in den Unternehmen erwirtschaftet werden.

Dafür danken wir unserer Unternehmerschaft.

- Dass der Anteil der Einkommenssteuer wieder die größte Einnahmequelle darstellt. Das zeigt uns, dass der Beschäftigungsgrad und die Einkommensverhältnisse aus sozialabhängiger Arbeit für Greiding sehr positiv sind.

Ich hoffe und wünsche mir,

- dass die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen so eintreffen werden wie diese in der Planung stehen, denn Fehleinnahmen würden 1:1 auf das Schuldenkonto durchschlagen,
- dass mindestens alle Einnahmen so sprudeln werden wie im Haushalt dargestellt,
- dass alle geplanten Ausgaben vielleicht durch die ein bisschen abflachende Wirtschaft günstiger werden,
- dass möglichst wenig Unvorhersehbares auf unsere Kommune einwirkt.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt den Haushalt 2024 und den Stellenplan zu.“

Stadtrat Markus Schneider:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, lieber Herr Bürgermeister und geschätzte Verwaltung.

Über 30 Millionen Euro umfasst unser Haushalt 2024. Die genauen Zahlen wurden bereits durch meine kompetenten Vorredner mehr als ausreichend analysiert und dargestellt. Trotzdem wollen wir auf 2 Punkte noch einmal eingehen.

Wir alle wissen, dass eingenommenes/verdientes Geld, normalerweise, auch nur einmal ausgegeben werden kann. Und letztendlich geht es der Kommune wie auch den Privatleuten, die sich vor größeren Anschaffungen genau überlegen müssen

- Kann ich mir das leisten?
- Will ich mir das leisten?
- Oder muss ich mir es leisten!

In der Gemeinde mag es im ersten Moment einfach sein, welche Dinge angeschafft werden müssen. Wie bereits heute öfters gehört geht es um die sogenannte Pflichtaufgaben der Stadt. Aber wie ebenfalls schon diskutiert gibt es auch hier wesentlich mehr Dringlichkeiten/Maßnahmen/Anschaffungen, als wir uns eigentlich leisten können. Dabei

sprechen wir noch nicht über Wünsche, „nice to have“-Dingen, wie z.B. Radwege, Dorferneuerungen oder Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen an unserem Hallenbad.

Es sind die bereits genannten Pflichtaufgaben Feuerwehr, Straßen, Kanalisation und nicht zu vergessen unsere Schule, die einen Großteil der zukünftigen Ausgaben ausmachen, genannt worden!

Um hier verantwortungsvoll, systematisch und zukunftsorientiert Entscheidungen zu treffen, brauchen wir für all diese Großmaßnahmen eine „Priorisierungsliste“, die allerdings nicht in einer von Alltagsgeschäften geplagten Stadtratssitzung stattfinden sollte, sondern im Rahmen einer Klausur, bei der überfraktionell über die Wichtigkeit der einzelnen Maßnahmen und den dementsprechenden Investitionen entschieden wird.

Wir (SPD Fraktion) hoffen, dass diese Vorgehensweise auch bei unserem zukünftigen Bürgermeister auf ein offenes Ohr trifft!

Der zweite Punkt betrifft finanztechnisch einen eher untergeordnete Geldbetrag. Es geht um die bereits mehrfach angesprochene Jugendzukunftswerkstatt, aus der mehrere Projekte der Gredinger Jugend angestoßen wurde. Leider hat sich der Stadtrat, aufgrund der momentanen finanziellen Lage, nicht durchringen können, in diesem Zusammenhang beispielsweise ca. 40.000 € für einen Fußballkäfig in den Haushalt 2024 einzustellen. Jawohl, uns ist sehr wohl bewusst, dass dies keine Pflichtaufgabe der Stadt Greding ist, aber welches Bild/Signal senden wir an die zukünftigen Wählerinnen und Wähler, wenn wir die Jugendlichen befragen, miteinander Lösungen ausarbeiten und dann sagen, jetzt erstmal nicht. So generieren wir keine Bürger, die den Sinn unserer kommunalen politischen Arbeit erkennen.

Eher produzieren wir bei der jüngeren Generation ein Bild, die Politik macht ja eh nichts. Warum soll zur Wahl gehen bzw. ich mich dann noch in irgendeiner anderen Art und Weise politisch engagieren?

Hier sehen wir zukünftig negative Auswirkungen (Politikverdrossenheit) für unsere Kommunalpolitik! Und wir alle, jede der hier anwesenden Fraktionen, brauchen Nachwuchs im Stadtrat. Darum hier noch einmal der Appel, die Jugend in Greding nicht zu vergessen. Denn die ist die Zukunft unserer Gemeinde!

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgestellten Haushalt 2024 zu.

Für die Erstellung des Haushalts 2024 bedanken wir uns bei der Kämmerei, hier stellvertretend bei Herrn Hiebinger und Herrn Gehr, und bei der Verwaltung, hier stellvertretend bei Herrn Pfeiffer.“

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Die Stadt Greding erlässt aufgrund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern für das Jahr 2024 folgende

Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird hiermit festgesetzt; er schließt im **Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 17.505.100 Euro

und im **Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 12.824.000 Euro
ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **2.885.000 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf **2.010.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---------------------------------------------------------|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 320 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B) | 320 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 320 v.H. |

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **3.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 6

- entfällt -

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2024 in Kraft.

TOP 13. Mittelfristige Finanzplanung und Stellenplan zum Haushalt des Jahres 2024

Sachverhalt:

Im Rahmen des Erlasses der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für 2024 ist auch über

1. die mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2023 bis 2027

und

2. den Stellenplan

zu beschließen.

Der Finanzplan und der Stellenplan liegen dem Stadtrat vor.

Diskussionsverlauf:

Herr Hiebinger stellte den Kompromiss der Fraktionen vor. Demnach werde die Drehleiter und der Dorfplatz in Grafenberg auf die Jahre 2026/2027 verteilt. Für den Dorfplatz in Esselberg seien im Jahr 2027 die ersten Ausgaben veranschlagt und die Ortsstraße in Röckenhofen sei ab 2028 im Finanzplan aufgeführt.

Zweiter Bürgermeister Brigl:

„Aufgrund rechtlicher Vorgaben und für ein realistisches, verantwortungsvolles Projektieren sind Kommunen verpflichtet, eine Finanzplanung aufzustellen.

Realität und Verantwortung, zentrale Aspekte, die wir beachten und einhalten sollten.

Realität: Welche Mittel stehen uns zur Verfügung?

Verantwortung:

- Welche Maßnahmen sind neben der Pflicht noch finanzierbar?
- Bereits gefasste Beschlüsse zu hinterfragen geb. zu revidieren.
- Wünsche klar zu katalogisieren, priorisieren.

Projekte abarbeiten, wenn die Bedingungen dies zulassen. Natürlich werden sich hierbei unterschiedliche Standpunkte, Sichtweisen auftun. Dies ist in einer Demokratie nicht anders zu erwarten.

Eine Planung ist kein Fixum oder unumstößlich, ein Plan muss flexibel zu handhaben sein. Unsere Finanzplanung beinhaltet Prioritäten, Maßnahmen, die für 2025/2026 eingestellt sind, in dem vorgesehenen Zeitraum umgesetzt werden sollten.

Für die darauf folgenden Jahre sind die Vorhaben von Situation zu Situation, entsprechend den Möglichkeiten und den Erfordernissen vom Stadtrat zu entscheiden und zu vergeben. Selbst wenn ein Beschluss gefasst wurde, sollte der Stadtrat unter bestimmten Umständen, in Anbetracht der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung über eine Umsetzung oder Verschiebung nachdenken, um bei Pflichtaufgaben, neuen Erkenntnissen und Sachlagen handlungsfähig zu bleiben.

Beispiele. ließen sich einige anführen.

Ich weise hin auf den zeitlichen Rahmen der viel und heftig diskutierten Anschaffung einer Drehleiter für unsere Feuerwehr. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben anzuschaffen hat Stadtrat zugestimmt, eine Anschaffung ist beschlossen.

Die Sicherheit, Wohl der Mitbürger steht an vorderster Stelle, eine hohe Priorität liegt vor. Eine Anschaffung richtet sich aber auch nach den finanziellen Möglichkeiten einer Kommune. Niemand kann uns daraus einen Strick drehen, zur Verantwortung ziehen, wenn wir die Drehleiter aufgrund der finanziellen Situation zu einem späteren Zeitpunkt beauftragen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Beschluss zum Bau eines Feuerwehrhauses in Höbing, da heißt es die Attraktivität der Wehr für Nachwuchskräfte zu erhalten.

Ich bitte, unsere finanziellen Möglichkeiten im Auge zu behalten. Unser Ziel sollte es sein, den derzeitigen Schuldenstand in den nächsten Jahren ab- nicht aufzubauen und zu vergrößern um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu wahren.

Es werden wieder andere Zeiten kommen, dann hat die Stadt auch wieder einen anderen Handlungsspielraum und mehr Potential.

Zum jetzigen Zeitpunkt heißt es Optionen wahren, Verschuldung unter Kontrolle halten.“

Auf Nachfrage von Stadträtin Thäder teilte Herr Hiebinger mit, dass der Schuldenstand in der Gesamtübersicht noch an den Kompromiss angepasst werde.

Stadtrat Markus Schneider erinnerte daran, dass noch weitere Großprojekte anstünden, die noch nicht im Finanzplan aufgenommen seien.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2023 bis 2027 wird beschlossen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:1

Der vorgelegte Stellenplan für das Jahr 2024 wird beschlossen.

TOP 14.	Antrag des Katholischen Kindergartens St. Martin Greding auf Gewährung eines Elternbeitragszuschusses
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Die Katholische Kindertageseinrichtungen Ingolstadt gGmbH beantragt die Gewährung eines Zuschusses zu den Elternbeiträgen in Höhe von 25,00 Euro für einjährige Kinder und in Höhe von 50,00 Euro für Kinder ab zwei Jahren bis zum dritten Lebensjahr für den Katholischen Kindergarten St. Martin in Greding. In dieser Einrichtung werden Kinder unter drei Jahren betreut. Die Mindestbuchungszeiten sind bei diesen Kindern erfüllt.

Die Stadt Greding gewährt für die Katholischen Kinderkrippen St. Martin und Hl. Familie sowie den Johannes-Kindergarten diesen Elternbeitragszuschuss ebenso.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 16:0

Die Stadt Greding gewährt für den Katholischen Kindergarten St. Martin in Greding einen Elternbeitragszuschuss in Höhe von 25,00 Euro für einjährige Kinder und in Höhe von 50,00 Euro für Kinder ab zwei Jahren bis zum dritten Lebensjahr.

Die Stadtratsmitglieder Kratzer, Holzmann und Dintner waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 15.	Antrag des Katholischen Kindergartens St. Ägidius Röckenhofen auf Gewährung eines Elternbeitragszuschusses
----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Der Katholische Kindergarten St. Ägidius Röckenhofen beantragt die Gewährung eines Zuschusses zu den Elternbeiträgen in Höhe von 25,00 Euro für einjährige Kinder und in Höhe von 50,00 Euro für Kinder ab zwei Jahren bis zum dritten Lebensjahr.

Die Stadt Greding gewährt für die Katholischen Kinderkrippen St. Martin und Hl. Familie sowie den Johannes-Kindergarten diesen Elternbeitragszuschuss ebenso.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Die Stadt Greding gewährt für den Katholischen Kindergarten St. Ägidius Röckenhofen einen Elternbeitragszuschuss in Höhe von 25,00 Euro für einjährige Kinder und in Höhe von 50,00 Euro für Kinder ab zwei Jahren bis zum dritten Lebensjahr.

Die Stadtratsmitglieder Kratzer und Dintner waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 16.	Arbeitskreis Hallenbad; Empfehlungen zur Erhöhung der Eintrittspreise und Schließung an Feiertagen; Vorstellung der Entwicklung der Energiepreise und Besucherzahlen
----------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Der Arbeitskreis Hallenbad hat in seiner Sitzung am 28.02.2024 folgende Punkte behandelt, aus welchen die folgenden Empfehlungen hervorgehen:

- Gutscheine für Ehrenamtliche
Der Arbeitskreis empfiehlt, die Gutscheine für Ehrenamtliche mit einem QR-Code zu versehen und dieses ab dem Jahr 2025 umzusetzen.
- Eintrittspreise
Der Arbeitskreis empfiehlt dem Stadtrat, die Eintrittspreise wie folgt zu erhöhen:
 - Erwachsene auf 3,50 Euro
 - Jugendliche auf 2,50 Euro
 - Kinder unverändert
 - Sauna; alle Preise um 1,00 Euro
- Außerdem wird empfohlen, den Rabatt bei den Geldwert-Coins um 5%-Punkte auf 20 % zu reduzieren
- Schließung an Feiertagen

Der Arbeitskreis empfiehlt, das Hallenbad und die Sauna aufgrund mangelnder Besucher an folgenden Feiertagen zu schließen:
 - Zweiter Weihnachtsfeiertrag
 - Ostersonntag
 - Pfingstsonntag
 - Mariä Himmelfahrt
 - Allerheiligen

Der Arbeitskreis stellt dem Stadtrat die Entwicklung der Energiekosten und Besucherzahlen vor.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 19:0

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Empfehlungen.

TOP 17.	Information zum Projekt "500 Jahre Bauernkrieg"
----------------	--------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Aus Anlass des 500-jährigen Bauernkrieg-Jubiläum anno 2025 plant eine Projektgruppe verschiedene Aktivitäten, u.a. eine Theateraufführung.

Zweiter Bürgermeister Brigl wird über den aktuellen Sachstand informieren.

Diskussionsverlauf:

Zweiter Bürgermeister Brigl führte aus, dass für das Denkmal am Hofberg die Bauverwaltung nun einen Vorschlag erarbeiten wird, da eine Leader-Förderung nur mit hohem bürokratischem Aufwand möglich wäre.

Die weiteren Aktivitäten sollen eng mit der Dorfgemeinschaft Obermässing und Hofberg abgestimmt werden. Für eine angedachte Theateraufführung werde die Stadt Greding nicht die Federführung übernehmen.

Stadtrat Hiemer bekräftigte, dass die Obemässinger Vereine und die Bevölkerung aus Hofberg grundsätzlich zu den geplanten Aktivitäten eingebunden seien.

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 18. Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Austausch Strommasten

Geschäftsleiter Pfeiffer teilte mit, dass die N-Ergie ab Herbst 2024 den Austausch von 110-KV-Strommasten im Bereich Greding plane.

Einweihung Dorfplatz in Kaising

Zweiter Bürgermeister Brigl erinnerte an die Dorfplatzeinweihung in Kaising am 01.05.2024.

30 km/h für Schutzendorf

Zweiter Bürgermeister Brigl gab bekannt, dass die Verwaltung beim Landratsamt Roth eine Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h für Schutzendorf beantragt habe.

Niederlegung des Amtes als Jugendbeauftragter

Stadtrat Schmidt teilte mit, dass er mit Wirkung vom 24.04.2024 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Jugendsprecher niederlege.

Müllablagerungen in Landerzhofen

Stadtrat Dintner führte aus, dass „Im Winkel“ in Landerzhofen große Mengen Sperrmüll und Restmüll abgelagert seien. Er bat, das Ordnungsamt hier tätig zu werden.

Mülleimer an der Wassertretanlage Brunnhäusl

Stadträtin Holzmann bemängelte, dass der Mülleimer an der Wassertretanlage Brunnhäusl gerade am Wochenende immer übertoll sei. Dies sei kein schönes Ortsbild.

Hundekotbeutel am Wanderweg in Herrnsberg

Stadtrat Herrler bat um Prüfung, ob am Wanderweg in Herrnsberg ein Hundekotbeutelhalter angebracht werden könne.

Müllsammelaktion

Dritter Bürgermeister Kratzer schlug vor, künftig die Müllsammelaktion früher durchzuführen. Aufgrund der fortgeschrittenen Vegetation sei dies inzwischen schwierig.

Greding, 21.05.2024

Vorsitzender:

Schriftführer:

Oswald Brigl
Zweiter Bürgermeister

Michael Pfeiffer